

Urheberrecht - Wiederholungsfragen

1. Urheberrechtlich im engeren Sinn geschützt:

Geschützt sind persönliche geistige Schöpfungen – Werke, die eine individuelle, schöpferische Leistung darstellen und in irgendeiner materiellen Form (Text, Bild, Ton etc.) festgelegt sind.

2. Verwertungsrechte vs. Leistungsschutzrechte:

- **Verwertungsrechte:** Ökonomische Rechte des Urhebers, die ihm erlauben, sein Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen usw.
- **Leistungsschutzrechte:** Schützen nicht den schöpferischen Inhalt, sondern die Darbietungen, Aufnahmen oder Sendungen (z. B. von ausübenden Künstlern, Produzenten oder Sendern).

3. Urheberpersönlichkeitsrechte:

Rechte, die den persönlichen Bezug des Urhebers zu seinem Werk schützen – etwa das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft und das Verbot entstellender Veränderungen. Diese Rechte sind unübertragbar.

4. Zusammenhang mit körperlichem Eigentum:

Nein. Urheberrechtlicher Schutz bezieht sich auf die geistige Schöpfung und nicht auf den physischen Träger (z. B. Papier oder digitale Datei).

5. Wer kann Urheber sein:

Jede natürliche Person, die ein Werk eigenständig und individuell schafft. Juristische Personen können als Auftraggeber Rechte erwerben, sind aber nicht selbst Urheber.

6. Miturheber vs. Teilurheber:

- **Miturheber:** Personen, die gemeinsam an einem einheitlichen, untrennbaren Werk schöpferisch wirken.
- **Teilurheber:** Schöpfer einzelner, in sich abgeschlossener Werke, die zu einem Gesamtwerk zusammengeführt werden.

7. Werk im Rahmen der Dienstpflicht:

Zwar bleibt der Urheber als Schöpfer bestehen (und behält seine Urheberpersönlichkeitsrechte), aber die wirtschaftlichen Nutzungsrechte gehen – oft vertraglich geregelt – auf den Dienstgeber über.

8. Voraussetzung für ein Werk:

Es muss eine persönliche geistige Schöpfung mit individueller Prägung vorliegen – sprich, eine gewisse Originalität und Schöpfungshöhe muss erreicht werden.

9. Taxative Aufzählung der Werkarten:

„Taxativ“ bedeutet, dass das Gesetz eine abschließende Liste vorgibt – nur die ausdrücklich genannten Werkarten genießen im engeren Sinn den Schutz.

10. Im UrhG berücksichtigte Werkarten:

Typischerweise: Sprachwerke, musikalische Werke, Werke der bildenden Kunst, Lichtbildwerke (Fotografien), Filme, Computerprogramme, wissenschaftliche Werke und weitere, in §2 UrhG genannte Kategorien.

11. Schutz einer Website:

Ja – wenn die Gestaltung (Auswahl, Anordnung der Inhalte etc.) eine persönliche geistige Schöpfung darstellt, genießt auch eine Website urheberrechtlichen Schutz.

12. Schutz eines Passfotos:

Passfotos fallen in der Regel unter den Schutz als Lichtbildwerke – allerdings nur, wenn sie die erforderliche schöpferische Höhe erreichen. Oft werden sie als „einfache Lichtbilder“ angesehen und genießen nur eingeschränkten Schutz.

13. Freie Werke:

Werke, die nicht als persönliche geistige Schöpfung gelten (z. B. amtliche Werke, Gesetzestexte). Sie genießen keinen vollen urheberrechtlichen Schutz, jedoch oft einen besonderen, eingeschränkten Schutz in Bezug auf die Weiterverwendung.

14. Veröffentlichte vs. Erscheinene Werke:

- **Veröffentlicht:** Dem Publikum zugänglich gemacht (unabhängig vom Druck- oder Verlagsvorgang).
- **Erschienen:** Formal im Rahmen eines Herausgabeprozesses (z. B. als Buch) publiziert – es kann also sein, dass nicht jedes erschienene Werk automatisch öffentlich zugänglich ist.

15. Erlöschen des Schutzes:

In der Regel 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers; bei anonymen bzw. pseudonymen Werken gelten Sonderregelungen.

16. Vererbare Urheberrechte:

Die wirtschaftlichen Nutzungsrechte können vererbt oder übertragen werden; die Urheberpersönlichkeitsrechte bleiben untrennbar an der Person des Urhebers.

17. Taxativ aufgezählte Verwertungsrechte:

Darunter fallen Rechte zur Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung, öffentlichen Aufführung, Sendung und Zugänglichmachung des Werkes.

18. Übernahme von Inhalten (Website/Vereinszeitung):

Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Rechteinhabers ist dies grundsätzlich unzulässig – Ausnahmen bestehen nur (z. B. im Rahmen des Zitatrechts), wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

19. Eigenen Remix online stellen:

Grundsätzlich bedarf ein Remix – als Bearbeitung eines geschützten Werkes – der Zustimmung des ursprünglichen Urhebers, es sei denn, es handelt sich um eine eigenständige, neue schöpferische Leistung oder es greifen Ausnahmeregelungen.

20. Inhalt der Urheberpersönlichkeitsrechte:

Sie umfassen das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft, das Recht, Entstellungen oder Veränderungen zu widersprechen, die das Werk in einem falschen Licht erscheinen lassen könnten.

21. Werknutzungsbewilligung vs. Werknutzungsrecht:

- **Werknutzungsbewilligung:** Eine einseitige, oft weniger umfassende Erlaubnis zur Nutzung des Werkes.
- **Werknutzungsrecht:** Ein vertraglich eingeräumtes, häufig exklusives und umfangreicheres Recht zur Nutzung.

22. Bedeutung für juristische Personen:

Juristische Personen können Werknutzungsrechte erhalten bzw. lizenzieren – sie handeln dann als Nutzungsberechtigte, ohne selbst Urheber zu sein.

23. Folge der Ausschließlichkeit:

Der Urheber überträgt das alleinige wirtschaftliche Verwertungsrecht und schließt sich selbst von der eigenständigen Nutzung aus – dies bindet ihn vertraglich, lässt aber die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

24. Verlagsrecht:

Ein spezielles Werknutzungsrecht, bei dem der Urheber einem Verlag das Recht zur Veröffentlichung seines Werkes einräumt – häufig mit exklusiven, zeitlich begrenzten Rechten.

25. Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft:

Sie sammelt, überwacht und verwaltet die Rechte ihrer Mitglieder, fordert Lizenzgebühren/Tantiemen ein und schüttet diese an die Urheber aus.

26. Drei österreichische Verwertungsgesellschaften:

Beispielsweise:

- **AKM** (für Musik)
- **VG Wort** (für Texte und Literatur)
- **VFF** (für Fotografien)

27. Tantiemen bei Aufführungen im In- und Ausland:

Im Inland erfolgt die Abrechnung direkt über die zuständige Verwertungsgesellschaft (z. B. AKM), im Ausland über entsprechende Kooperationspartner bzw. internationale Verwertungsgesellschaften.

28. Verwertungsgesellschaft beim Schulball:

Für Musikstücke ist in der Regel die **AKM** zuständig.

29. Schätzung der Abgabe beim Schulball:

Die genaue Höhe hängt von Faktoren wie der Dauer der Veranstaltung, der Art der Musikanwendung und der Teilnehmerzahl ab – oft bewegt man sich im niedrigen bis mittleren zweistelligen Credit-Bereich. Genaue Zahlen bedürfen der konkreten Tarifbestimmungen.

30. Abhängigkeit der Abgabenhöhe:

Sie richtet sich nach der Art der Nutzung, Dauer, Veranstaltungsgröße und den tariflichen Vorgaben der jeweiligen Verwertungsgesellschaft.

31. Zuständigkeit der LSG:

Die Lizenzierungsstelle (LSG) koordiniert in Österreich die Erhebung und Verteilung von Lizenzabgaben (z. B. Speichermedienabgabe).

32. Speichermedienabgabe:

Die Abgabe wird über die zuständige Lizenzierungsstelle erhoben. Zahlungspflichtig sind die Inverkehrbringer (Hersteller und Händler) von Speichermedien – nicht die Endnutzer.

33. Freie Werksnutzung:

Nutzung geschützter Werke ohne Zustimmung des Rechteinhabers aufgrund gesetzlicher Schranken (z. B. Privatkopie, Zitatrecht, Nutzung in Unterricht und Forschung).

34. Drei Beispiele freier Werknutzungen:

- Privatkopie
- Zitat
- Nutzung im Rahmen von Berichterstattung (unter Beachtung der Schrankenregelungen)

35. Privatkopie:

Das Anfertigen einer Kopie eines urheberrechtlich geschützten Werkes zum eigenen, privaten Gebrauch – vorausgesetzt, sie stammt nicht aus einer offensichtlich rechtswidrigen Quelle.

36. Voraussetzungen für §42 (unentgeltliche Nutzung):

Die Nutzung muss unentgeltlich, für den privaten Bereich bestimmt und in einem engen, gesetzlich geregelten Rahmen erfolgen – ohne kommerzielle Absicht und aus rechtmäßig zugänglichen Quellen.

37. Sicherheitskopie von Software:

Ja – das Anfertigen einer Sicherheitskopie (Backup) einer rechtmäßig erworbenen Software ist gestattet, sofern sie ausschließlich dem eigenen Gebrauch dient und nicht an Dritte gelangt.

38. Vervielfältigung von Tagesthemen-Artikeln:

Artikel über wirtschaftliche, politische oder religiöse Tagesthemen dürfen in der Regel nicht vervielfältigt werden, wenn dadurch die berechtigten Interessen des Verlags verletzt werden und keine zitationsrechtliche Schranke greift.

39. §79 Nachrichtenschutz:

Dieser Paragraph schützt den Urheber vor der unkontrollierten Vervielfältigung und Verbreitung von Zeitungsartikeln und sichert so seine wirtschaftlichen Interessen und den Anspruch auf eine angemessene Vergütung.

40. Artikel in den Online-Pressespiegel einbinden:

Das Einbinden ist nur in einem engen, durch das Zitatrecht geregelten Rahmen zulässig – Voraussetzung ist eine korrekte Quellenangabe und ein angemessener Umfang.

41. Papier-Artikel in Online-Pressespiegel:

Analog – zulässig im Rahmen des Zitatrechts, wenn die Nutzung den gesetzlichen Schranken entspricht und die Quelle korrekt genannt wird.

42. Übernahme von Online-Artikeln in Papiermedien:

Dies stellt in der Regel eine Vervielfältigung dar und bedarf der Zustimmung des Rechteinhabers, sofern keine gesetzliche Ausnahme greift.

43. Intranet vs. öffentliche Zugänglichkeit:

Eine interne (intranetbasierte) Bereitstellung ist meist weniger problematisch, da sie den Kreis der Zugriffsberechtigten beschränkt – hier greifen oft weniger strenge urheberrechtliche Schranken.

44. Hyperlinks im Online-Pressespiegel:

Das Verlinken auf Originalartikel ist grundsätzlich zulässig, da dabei keine Kopie des Inhalts erstellt wird – Voraussetzung ist, dass klar auf die Quelle verwiesen wird.

45. Voraussetzungen des Zitatrechts:

- Das zitierte Werk muss bereits veröffentlicht sein.
- Der Umfang des Zitats muss angemessen sein.

- Das Zitat dient der Erläuterung oder Analyse.
- Die Quelle muss vollständig angegeben werden.

46. Umfassendes Werknutzungsrecht im Arbeitsverhältnis:

Solche Vereinbarungen sind grundsätzlich zulässig – sie dürfen jedoch nicht die unübertragbaren Urheberpersönlichkeitsrechte des Mitarbeiters verletzen und müssen gesetzlich angemessen begrenzt sein.

47. „Verwandte Schutzrechte“ (Leistungsschutzrechte):

Schützen Leistungen von Darstellern, Tonträgerherstellern, Sendeunternehmen etc. und werden oft auch als Leistungsschutzrechte bezeichnet.

48. Dauer der Leistungsschutzrechte:

In Österreich beträgt die Schutzdauer in der Regel 50 Jahre ab der erstmaligen Veröffentlichung/Aufführung – in einigen Fällen (je nach Art der Leistung) auch 70 Jahre.

49. Geschützte Rechte im Rahmen der Leistungsschutzrechte:

Dazu zählen u. a. das Vervielfältigungs-, Verbreitungs- und Aufführungsrecht der Darbietungen sowie das Recht, gegen unbefugte Nutzungen vorzugehen.

50. Schutz der Darbietung eines Bühnenkünstlers:

Ja – die individuelle Darbietung wird als persönliche Leistung geschützt.

51. Passfotos und Vervielfältigungsschutz:

Häufig genießen Passfotos nur einen eingeschränkten Schutz, da ihnen oft die für ein Lichtbildwerk erforderliche schöpferische Höhe fehlt.

52. Schutz von Datenbanken:

Eine Datenbank genießt dann Leistungsschutz, wenn ihre Anordnung und Selektion eine eigene geistige Leistung darstellt. Die Schutzdauer beträgt in Österreich meist 15 Jahre ab Erstellung.

53. Äußerer Titelschutz:

Dieser schützt den Titel eines Werkes als eigenständige schöpferische Leistung, sodass Dritte keinen identischen oder verwirrend ähnlichen Titel verwenden dürfen.

54. Recht am eigenen Bild:

Eine Persönlichkeit entscheidet grundsätzlich selbst, ob und wie Bilder von ihr veröffentlicht werden – unautorisierte Veröffentlichungen können eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte darstellen.

55. Übertragung von Aktfoto-Rechten:

Zwar überträgt A wirtschaftliche Nutzungsrechte unwiderruflich, die Urheberpersönlichkeitsrechte (insbesondere das Recht auf Namensnennung) bleiben unantastbar – eine spätere Untersagung der Nutzung ist daher grundsätzlich nicht möglich.

56. Analoge Anwendung von §78 UrhG:

§78 regelt u. a. bestimmte Vervielfältigungsformen – analog kann er auf vergleichbare Vervielfältigungshandlungen (z. B. in digitalen Formaten) angewandt werden.

57. Beispiele für das Hausrecht:

Regelungen zum Zutritt, Nutzungsbestimmungen für Einrichtungen, Verhaltensregeln für Gäste oder Sicherheitsvorschriften in Betriebsräumen.

58. Zivilrechtliche Ansprüche bei Verletzungen:

Der Urheber kann Ansprüche auf Unterlassung, Schadensersatz, Herausgabe von Gewinnen sowie Vernichtung rechtswidrig hergestellter Kopien geltend machen.

59. Vorbeugende Unterlassungsklage:

Ein Rechtsmittel, mit dem der Rechteinhaber gerichtlich verhindern kann, dass künftig eine Urheberrechtsverletzung eintritt.

60. Schadenersatzanspruch:

Er steht zu, wenn der Rechteinhaber einen konkreten Schaden – sei es materiell oder immateriell – nachweisen kann, der durch die Verletzung entstanden ist.

61. Ansprüche des Werknutzungsberechtigten:

Ja, Inhaber der Nutzungsrechte können ebenfalls zivilrechtliche Ansprüche geltend machen, sofern sie durch die Verletzung in ihren vertraglich eingeräumten Rechten beeinträchtigt werden.

62. Strafrechtliche Folgen:

Urheberrechtsverletzungen können in Österreich mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen geahndet werden – je nach Schwere des Falles.

63. Gutgläubige Zustimmung und fehlende Berechtigung:

Handelt man im guten Glauben, dass der Erteiler zur Nutzungsrechtseinräumung befugt ist, liegt grundsätzlich kein strafrechtlich relevanter Verstoß vor – zivilrechtliche Ansprüche können jedoch trotzdem entstehen.

64. Klage ohne vorherigen Hinweis:

Ja, ein Rechteinhaber kann auch ohne vorherige Abmahnung klagen, wenn die Verletzung offensichtlich ist oder besondere Umstände dies rechtfertigen.

65. Eigenes Passfoto online stellen:

Ja, wer selbst Urheber bzw. abgebildete Person ist, kann sein eigenes Passfoto veröffentlichen – sofern keine Rechte Dritter betroffen werden.

66. Bedeutung des ©-Zeichens:

Das ©-Zeichen dient nur als Hinweis auf bestehenden Schutz, es begründet aber nicht das Urheberrecht – dieses entsteht automatisch mit der Schöpfung.

67. Copyright-Vermerk des Webdienstleisters:

Ohne vertragliche Vereinbarung besteht kein gesetzlicher Anspruch, dass ein Copyright-Vermerk dauerhaft auf der Website verbleibt.

68. Austausch des Copyright-Vermerks bei Relaunch:

Ein bloßer Austausch ist unzulässig, da damit Urheberpersönlichkeitsrechte verletzt werden könnten – eine Änderung bedarf klarer vertraglicher Regelungen und Zustimmung.

69. Urheberschaft bei Übernahme des Betriebs:

Grundsätzlich bleibt der ursprüngliche Schöpfer (Webdienstleister A) Urheber des Werks – Änderungen durch Webdienstleister B können nur ergänzende, abgeleitete Werke darstellen.

70. Klage trotz sofortiger Entfernung:

Die Entfernung mindert nicht die Tatsache der Verletzung – der Urheber kann grundsätzlich auch nach

Entfernung noch Ansprüche geltend machen, wenngleich dies bei der Schadensbemessung berücksichtigt werden kann.

71. Schutz durch Disclaimer:

Ein Disclaimer (Freizeichnungsklausel) kann gesetzliche Urheberrechte nicht ausschließen oder abmildern – er entbindet nicht von der Haftung bei tatsächlichen Rechtsverletzungen.